

Informationsvorlage



Kreis
Bergstraße

Vorlage Nr.: 16-1658
erstellt am: 02.02.2010

Abteilung: Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße
Verfasser/in: Jonas Thiede
Aktenzeichen: I-NW

Eigenbetrieb Neue Wege; hier: Jahresrechnung 2007

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Betriebskommission Neue Wege	10.02.2010	N	Kenntnisnahme
Kreisausschuss	22.02.2010	N	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	26.02.2010	Ö	Kenntnisnahme
Kreistag	01.03.2010	Ö	Kenntnisnahme

Erläuterung:

Die Jahresabrechnung 2007 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Eigenbetriebs Neue Wege Kreis Bergstraße ist beim Kreis Bergstraße am 15. Dezember 2009 eingegangen.

Es wurden, wie schon in den Vorjahren, folgende Leistungen abgerechnet:

1. Abrechnung der Ausgaben für das Arbeitslosengeld II
2. Abrechnung der Ausgaben für Leistungen zur „Eingliederung in Arbeit“
3. Abrechnung der Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
4. Abrechnung der Ausgaben für Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer

Die Prüfgruppe SGB II des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Jahresabrechnung 2007 konnte sich vor Ort von der ordnungsgemäßen Buchführung überzeugen.

Die Abstimmung mit der Prüfungsgruppe SGB II brachte als Ergebnis eine Auszahlung in Höhe von 1.228.449,10 € an den Kreis.

Abrechnungsrelevant im Bereich Arbeitslosengeld II waren in 2007 folgende Punkte:

1. Unterschlagungsfall
In der Abrechnung 2007 wurde der anteilige Betrag aus dem Unterschlagungsfall in Höhe von 99.258,62 € berücksichtigt. Somit ist der Unterschlagungsfall mit dem Bund abschließend abgerechnet.

2. Säumniszuschläge

Aufgrund softwaretechnischer Mängel in der SGB II Software Prosoz/S und daraus folgender ausgebliebener Beitragszahlungen an die Sozialversicherungsträger mussten Säumniszuschläge in Höhe von 46.582,22 € gezahlt werden, die nicht vom Bund getragen werden. Dieses Problem trat in allen hessischen Optionskommunen, die Prosoz/S in Anwendung haben, auf und wurde landesweit thematisiert. Auf Schadensersatzforderungen wurde jedoch verzichtet. Ab Mai 2007 wurde im Eigenbetrieb Neue Wege die Software Prosoz/S durch OPEN/Prosoz ersetzt.

Abrechnungsrelevant im Bereich „Eingliederung in Arbeit“ waren in 2007 folgende Punkte:

1. Ausbildungskostenzuschüsse

Die arbeitsmarktpolitisch sinnvollen und vom Kreisausschuss beschlossenen Zuschüsse zur Ausbildung für Jugendliche mit besonderen Problemlagen in Höhe von 78.160,17 € werden vom Bund, wie auch schon für die Jahre 2005 und 2006, nicht getragen. Diesem Thema liegen zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Ländern und Kommunen auf der anderen Seite unterschiedliche Rechtsauffassungen zugrunde.

2. Mehraufwandsentschädigung „Gastronomie und Hotel“

Im Jahr 2007 wurden an die Teilnehmer der Maßnahme „Gastronomie und Hotel“ Mehraufwandsentschädigungen in Höhe von 17.350,53 € gezahlt. Diese Mehraufwandsentschädigungen werden aufgrund der durch die Prüfgruppe SGB II getätigten nachfolgenden Einordnung der Gastronomie-Maßnahme als Qualifizierungsmaßnahme nicht vom Bund getragen.

Abrechnungsrelevant im Bereich Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundversicherung für Arbeitssuchende war in 2007 folgender Punkt:

1. Prozesskosten

Die Prozesskosten bezüglich der Vergabe von OPEN/Prosoz in 2006 und der darauf folgenden Klage werden vom Bund nicht übernommen. Dies betrifft Zahlungen in Höhe von 34.050,82 €.

Für den gesonderten Titel „Beschäftigungspakt für ältere Arbeitnehmer“ wurden für das Jahr 2007 14.800,10 € zu viel abgerufen und sind dem Bund bereits erstattet worden. Bei den Mittelabrufen wurden Planzahlen angenommen. Wenn eine Arbeitsstelle nicht frühzeitig besetzt wurde oder vorzeitig abgebrochen werden musste, führte dies zu Differenzen zwischen abgerufenen und verausgabten Mitteln.

Die o. g. Punkte sind nicht zahlungswirksam, sondern werden mit dem bestehenden Guthaben verrechnet. So kommt es mit der Jahresschlussrechnung 2007 zu einer Auszahlung des Bundes an den Kreis Bergstraße in Höhe von 1.228.449,10 €. Dieser Betrag ist am 15.12.2009 beim Kreis Bergstraße eingegangen.